

Human-ökologisches Grundeinkommen

„Pro Monat 1.000 Euro“

In der letzten Ausgabe der ÖkologiePolitik wurden im Artikel „Raus aus dem Hamsterrad“ die Vorteile eines human-ökologischen Grundeinkommens gegenüber dem aktuellen Sozialsystem aufgezeigt. Allerdings blieben auch einige wichtige Fragen offen: zur Höhe, zur Finanzierung und zu den gesellschaftlichen Auswirkungen. Die beantwortet der Autor nun.

Interview mit Kurt Rieder

ÖkologiePolitik: Herr Rieder, wie hoch sollte ein human-ökologisches Grundeinkommen sein?

Kurt Rieder: Die Höhe richtet sich nach dem, was ein Mensch in Deutschland für Grundbedürfnisse, also für Essen, Kleidung,

Wohnen und für ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe, benötigt. Eine weitere Richtschnur für die Höhe bestimmt sich anhand dessen, welche Beträge bislang an Grundsicherungsleistungen beansprucht werden konnten. Zurzeit

pro Monat. Wie reagiert das Grundeinkommen darauf?

Eine interessante Frage – und eine vielleicht überraschende Antwort: Die Mieten werden auf das Grundeinkommen reagieren. Durch das jetzige Grundsicherungssystem

„Jeder Bürger kann frei entscheiden, ob er den Großteil seines Grundeinkommens für eine teure Miete ausgibt oder lieber woanders hinzieht.“



Kurt Rieder, Jahrgang 1960, ist Dipl.-Verwaltungswirt (FH) und seit 1983 in verschiedenen Funktionen in Arbeitsagenturen und Jobcentern tätig. In die ÖDP trat er 2011 ein und ist heute Vorsitzender im ÖDP-Kreisverband Aachen-Düren-Heinsberg und im Landesarbeitskreis „Grundeinkommen“ der ÖDP Nordrhein-Westfalen. Außerdem ist er Mitglied im „Bundesnetzwerk Grundeinkommen“ und in der regionalen „Netzwerkinitiative Grundeinkommen Aachen“.

wären das pro Monat rund 1000 Euro für Erwachsene und rund 500 Euro für Kinder und Jugendliche. Überlegenswert ist dabei, das volle Grundeinkommen bei Heranwachsenden erst dann auszuzahlen, wenn eine erste Berufsausbildung abgeschlossen wurde. Dies erhöht den Anreiz, sich in jungen Jahren für seine persönliche Bildung einzusetzen, und eröffnet für jeden Einzelnen die Möglichkeit eines regelmäßigen Hinzuverdienstes zusätzlich zum Grundeinkommen. So wäre auch dafür gesorgt, dass weiterhin genügend gut ausgebildete Menschen für Tätigkeiten aller Art in Voll- oder Teilzeit zur Verfügung stehen.

Nun sind die Lebenshaltungskosten regional stark unterschiedlich. In München kostet eine 1-Zimmer-Wohnung 700 bis 800 Euro Miete

werden – und das mit steigender Tendenz – sowohl „Landflucht“ als auch Gewinne des „Miet-Hai-Managements“ in nicht hinnehmbarer Weise staatlich subventioniert. Mittlerweile haben sich „Vermietungskonzerne“ in größeren Städten auf Grundsicherungsempfänger eingestellt, die jeden Monat von Jobcentern und anderen Grundsicherungsstellen eine völlig überzogene Miete pünktlich überwiesen bekommen. In Universitätsstädten und Ballungsräumen verschärft sich die Situation durch wachsende „Mieter-Konkurrenz“ zwischen Grundsicherungsempfängern, Studenten, Geringverdienern und bleibeberechtigten Flüchtlingen derart, dass fast jeder Preis für eine noch so schäbige Wohnung gezahlt wird. Die Tendenz des Bleibens und Zuzugs in die Städte wird durch die

existierenden Regelungen verstärkt, da die „ortsüblichen Mieten“ von der öffentlichen Hand, hier insbesondere von den ohnehin klammen Kommunen, übernommen bzw. subventioniert werden müssen. Hinzu kommen – ökologisch sehr

„Durch das jetzige Grundsicherungssystem werden sowohl ‚Landflucht‘ als auch Gewinne des ‚Miet-Hai-Managements‘ staatlich subventioniert.“

bedenklich – Tendenzen für überhöhten Energieverbrauch, insbesondere beim Heizen, die ebenfalls über diverse Grundsicherungsstellen abgerechnet werden und von den Kommunen zu tragen sind. Kommunen und Ländern würden sich erhebliche finanzielle Handlungsspielräume eröffnen.

Führt der Verzicht auf einen „Mietspiegel-Zuschlag“ nicht zu großen Wanderungsbewegungen?

Jeder Bürger kann frei entscheiden, ob er den Großteil seines Grundeinkommens für eine teure Miete ausgibt oder lieber woanders hinzieht. Trotzdem kann und sollte die öffentliche Hand natürlich den sozialen Wohnungsbau und Öffentlichen Nahverkehr fördern.

Wie soll das human-ökologische Grundeinkommen finanziert werden?

Da gibt es verschiedene Ansätze. Götz W. Werner, Inhaber einer großen Drogeriemarktkette und wohl prominentester Verfechter des Grundeinkommens in Deutschland, will es mit einer generellen Anhebung des Mehrwertsteuersatzes auf rund 50 % finanzieren. Andere Ansätze setzen auf eine „negative Einkommenssteuer“ oder sehen Grundeinkommen als eine Art Umverteilung von oben nach unten. Es gibt aber auch wirtschaftsliberale Ansätze, die insbesondere auf kon-

sumtiv positive Auswirkungen beim Wirtschaftswachstum durch erhöhte Kaufkraft setzen, sodass vor allem ein „Mehr an Konsum“ die Finanzierung des Grundeinkommens sichern soll. Gerade dies will das human-ökologische Grundein-

kommen nicht. Es will vielmehr unsere Wirtschaft umwelt- und ressourcenbewusst steuern.

Wie teuer käme denn ein Grundeinkommen?

Nach aktuellem Stand rund 800 Mrd. Euro pro Jahr.

Soll die Finanzierung ausschließlich über ökologische Steuern erfolgen?

Nein, sinnvoll ist eine Mischung aus sozialen und ökologischen Komponenten. Ich favorisiere ein 5-Säulen-Modell. Das wäre robust genug, auch mal ein Schwächeln der einen oder anderen Säule zu verkraften. Die Säulen 1 und 2 wären

„Auf Nachfragen werden automatisch Angebote entstehen. Die Preise für gewerbsmäßige Leistungen werden allerdings steigen.“

zusätzliche Einnahmen, die sich aus dem Umbau unseres Steuersystems ergeben – bei Säule 1 aus einer ökologischen und gemeinwohlorientierten Neuausrichtung, bei Säule 2 durch mehr Gerechtigkeit, d.h. den Wegfall zahlreicher Steuererleichterungen. Säule 3 wären die Mittel, die momentan ins hochkomplexe und intransparente Fürsorgesystem fließen, Säule 4 ergibt sich aus der Einsparung von dessen immen-

sem Verwaltungsaufwand. Säule 5 wären Mittel, die sich aus einem entspannteren Alltag und einer vorausschauenderen Politik ergeben, in der Prävention statt Reparatur betrieben wird. Das würde nach meinen Schätzungen sogar zu einem Überschuss von mehr als 100 Mrd. Euro pro Jahr führen, der dann anderweitig verwendet werden kann. Doch das ist jetzt nur eine Annäherung. Der tatsächliche Weg entsteht erst beim Gehen. Flankiert wird dieser Prozess von dem Fokus auf ein Leben mit einem Mehr an Suffizienz, d.h. Genügsamkeit, Gelassenheit und Zufriedenheit. Ein Weniger an Besitz und Konsum wird durch ein Mehr an Zeit und Lebensfreude kompensiert.

Was passiert mit den vielen unangenehmen Arbeiten, die keiner freiwillig machen möchte, die aber trotzdem getan werden müssen? Wie motiviert man Menschen dazu?

Der Sinn eines human-ökologischen Grundeinkommens liegt nicht darin, ein „Schlaraffenland light“ zu organisieren. Alle Arbeiten, für die es eine Nachfrage gibt, werden erledigt – durch subsistent

organisierte Gemeinwohlbeschäftigung, durch organisierte Erwerbsarbeit wie bisher oder ggf. auch durch Mischformen. Beispiel: Der Bedarf an der Betreuung und der Pflege alter und langzeit-kranker Menschen wird steigen. Im heutigen System wird krampfhaft und oft auch vergeblich versucht, geeigneten Nachwuchs für qualifiziertes Pflegepersonal hierfür zu gewinnen. Die Anforderungen an solche Fach-

kräfte sind sehr hoch, die Gehälter aber nicht. Deshalb ziehen viele geeignete Menschen sich während der Ausbildung oder kurz nach Berufsabschluss aus diesem Erwerbsfeld zurück, obwohl ihnen die Tätigkeit grundsätzlich zusagt. Bei der Altenpflege liegt die Durchschnittsverweildauer im Beruf derzeit bei weniger als fünf Jahren – Tendenz sinkend. Da lohnt sich die dreijährige Ausbildung kaum. Ein Grundeinkommen würde bewirken, dass viele diese Tätigkeit nur in Teilzeit ausüben, was eine psychische und körperliche Entlastung bedeutet, wodurch qualifizierte Fachkräfte

ihren Beruf länger ausüben. Das Nein-Sagen-Können wird auch dazu führen, dass die Tätigkeit insgesamt lukrativer werden muss – was natürlich aus der Sicht der Pflegebedürftigen eine Verteuerung bedeutet. Dem kann jedoch entge-

„Ein Weniger an Besitz und Konsum wird durch ein Mehr an Zeit und Lebensfreude kompensiert.“

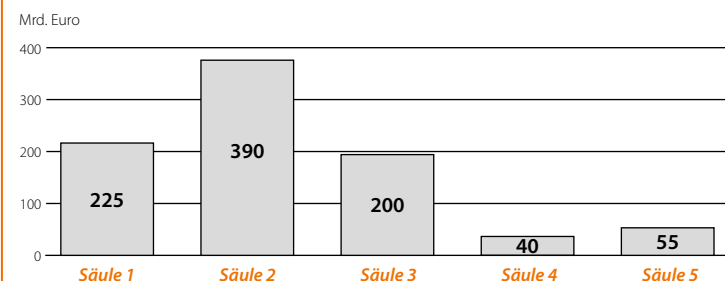
gengewirkt werden, indem Familienangehörige, Freunde und Nachbarn es sich eher als im jetzigen System erlauben können, die Pflege zumindest teilweise selbst in die

Hand zu nehmen. Grundsätzlich gilt auch nach der Einführung eines Grundeinkommens: Es wird eine Marktwirtschaft herrschen. Auf Nachfragen werden automatisch Angebote entstehen. Die Preise für solche gewerbsmäßigen Leistungen

werden allerdings steigen. Da hilft dann wiederum Subsistenz und Suffizienz.

Herr Rieder, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

5-Säulen-Modell zur Grundeinkommensfinanzierung



Erforderliche Höhe:
810 Mrd. Euro

Σ Säulen 1–5:
910 Mrd. Euro

Säule 1: Lenkung (ökologisch & gemeinwohl-orientiert)

- Steuern auf umweltschädigende Stoffe
- Steuern auf umweltschädigende Produktionen und Dienstleistungen
- Pauschalen auf Entfernungs- und Transportkosten
- Umsetzung eines konsequenten Verursacher-, Kosten- und Haftungsprinzips

Säule 2: Umbau Steuersystem, gerechtkeitsorientiert

- Wiedereinführung Vermögenssteuer auf Privatvermögen von 2 % (hohe Freibeträge von 280.000 Euro/Person)
- Einkommensteuer: Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53 % (ab 150.000 Euro/Einzelveranlagung)
- Erhöhung der Schenkungs- u. Erbschaftssteuer auf das Niveau von 1996
- Eindämmung von Steuerhinterziehungsmöglichkeiten (entsprechend der „Petersberger Vorschläge“)
- Einführung einer Devisen-Umsatzsteuer von 0,5 %

Säule 3: Wegfall intransparenter Fürsorge-Leistungen

- Arbeitslosengeld II inkl. Sozialgeld SGB II
- Grundsicherung für Rentner nach SGB VI
- Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII
- Kindergeld, Elterngeld
- Steuerliche Erleichterungen

Säule 4: Reduzierung Bürokratie

- Wegfall bzw. Reduzierung von Leistungsberechnungen und Antragsbehörden
- Geringere Ausgaben für „passive“ Arbeitsmarktpolitik
- Wegfall bzw. Reduzierung von Kontrollbehörden

Säule 5: Reduktion volkswirtschaftliche Kosten

- Geringere Gesundheitsausgaben (weniger stresskranke Arbeitnehmer, weniger Armutskranke)
- Weniger Vandalismus und Kriminalität
- Weniger illegale Beschäftigung
- Mehr Familienarbeit (Pflege von Angehörigen usw.)